

DIGITALE BILDUNGSPLATTFORM FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Fehler und Widersprüche kennzeichnen die Planung

Der erste Plan, eine digitale Bildungsplattform für die Schulen in Baden-Württemberg zu entwickeln (ella), scheiterte bereits 2018. Der zentrale Grund hierfür war ein extrem unprofessionelles Projektmanagement. 2019 startete ein neuer Anlauf. Ein Gastbeitrag von Martin Lindeboom, Landesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) in Baden-Württemberg.

2019 wurde ein alternatives Lernmanagementsystem (LMS) zu Moodle europaweit ausgeschrieben. Das kommerzielle LMS itslearning erhielt Ende 2020 den Zuschlag. Diese Ausschreibung und die Folgen der Lizenzverträge stehen im befremdlichen Widerspruch zur Digitalisierungsstrategie der Landesregierung Baden-Württembergs (2017):

„Die freie Lernmanagement-Software ‚moodle‘ haben wir kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert, um sie an die Anforderungen und Bedürfnisse in unseren Schulen anzupassen. Schon heute steht den Schulen eine innovative moodle-Erweiterung zur digitalen Begleitung von Lernprozessen zur Verfügung. Mit der Weiterentwicklung von moodle leisten wir einen Beitrag zu dem im Koalitionsvertrag verankerten Ziel, die IT-Beschaffung des Landes in Richtung Open Source weiterzuentwickeln und den Einsatz freier Software zu unterstützen.“

Eine IT-Strategie, die auf den Grundprinzipien freier Software beruht, ist die beste Absicherung gegen nachteilige Abhängigkeiten. Anstatt die Hoheit über die verwendete Software einem Unternehmen zu überlassen und Gelder für Lizenzierung zu verwenden, könnte sich das Kultusministerium bei der Verwendung von freier Software, wie z. B. dem LMS Moodle, auf zukunftsorientierte Investitionen in Personal, Kompetenzen und die Weiterentwicklung der Software konzentrieren, letztere auch in Zusammenarbeit mit der IT-Wirtschaft.

Ende April wurde im Bildungsausschuss auf die Frage, warum zwei LMS notwendig seien, behauptet, dass Moodle für jüngere Schüler*innen zu sperrig sei. Ein widerlegbares Argument. Moodle ist



Fotos: imago

Die cloudbasierten Microsoft 365-Dienste sind nicht datenschutzkonform.

modular an die jeweiligen Erfordernisse anpassbar und es existieren Grundschulvarianten, die jüngere Schüler*innen intuitiv bedienen können.

Die überflüssige Einführung von itslearning verursacht Lizenzkosten und ist mit weiteren Nachteilen verbunden, z. B. bei der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, einem insgesamt aufwendigerem Support, einem Lock-In-Effekt und einem deutlichen Verlust an digitaler Souveränität. Normalerweise versteht man unter einer Open-Source-Strategie, dass freie Software verstärkt zum Einsatz kommt. Beim LMS läuft es gerade andersrum. Das Kultusministerium führt, trotz der vorhandenen, leistungsstarken und freien Software Moodle, ein Lizenzkosten verursachendes Konkurrenzprodukt ein. Ohne vorausgehende

Wirtschaftlichkeitsanalyse, ohne überzeugende Sachargumente und ohne Berücksichtigung der nachteiligen Folgen.

Nahezu zeitgleich mit der Entscheidung für itslearning startete ein Pilotprojekt zum Einsatz von cloudbasierten Microsoft 365-Diensten als „digitaler Arbeitsplatz“. In einem mehrmonatigem Praxistest von MS 365 wurden vom Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI) viele Datenabflüsse zu Microsoft festgestellt, ohne dass Microsoft hierzu ausreichend Auskunft erteilen konnte. Da es nicht möglich war, eine vollständige Übersicht über alle Verarbeitungen personenbezogener Daten (auch seitens Microsoft) zu erhalten, bewertete der LfDI die Risiken bei den getesteten Microsoft Diensten als inakzeptabel hoch. Im April 2021 informierte der

LfdI das Kultusministerium darüber, dass der schulische Einsatz von MS 365 mit datenschutzrechtlichen Verstößen verbunden sei und empfahl, andere Software-Produkte zu nutzen. Damit ist der Plan zum Einsatz von Microsoft 365-Diensten bei der Bildungsplattform an Risiken gescheitert, die von Anfang an bekannt waren.

Digitale Souveränität

Bei der digitalen Souveränität des Landes geht es nicht nur um den Datenschutz und Open-Source-basierte IT-Lösungen. Es geht um die Analyse von Abhängigkeiten und den Erhalt bzw.

Das Landeshochschulnetz BelWü könnte die Schulen, wie bisher, auch in Zukunft professionell und effizient mit digitalen Diensten unterstützen. Wie der Landesrechnungshof bescheinigt:

„Der Rechnungshof stellt die Tätigkeit jenseits des Hochschulbereichs nicht grundsätzlich in Frage. Wenn die BelWü aufgrund ihrer Kompetenz eine bessere Versorgung sicherstellen kann als andere Dienstleister, kann ihr Wirken auch außerhalb des engeren wissenschaftlichen Kundenkreises durchaus sinnvoll und wirtschaftlich sein.“ [Denkschrift 2021 des Rechnungshofes, Seite 239]

datenschutzrechtliche Herausforderungen mit sich bringen oder gar daran scheitern, sind diese Probleme bei den vom Land selbst betriebenen Diensten wie Moodle und BigBlueButton nicht festzustellen. Diese funktionieren insgesamt sehr zuverlässig und geräuschlos. Es ist daher empfehlenswert, mittel- und langfristig die eigenen Kompetenzen, Fähigkeiten und Möglichkeiten des Landes im Aufbau und Betrieb von IT-Infrastruktur weiter zu stärken.“

Es wäre zielführend, wenn das KM derartigen Empfehlungen folgen würde und es wäre wichtig, wenn das KM auf die kompetenten IT-Mitarbeiter*innen hören würde, die in den letzten Jahren die BelWü-Schuldienste entwickelt haben und sich seither z. B. um die Moodle- und BBB-Server für die Schulen gekümmert haben. Sie haben bei einer Veranstaltung im März 2022 nachdrücklich ein Landesbildungsnetz empfohlen.

Für die Bildungsplattform stehen 80 Millionen Euro von 2023 bis 2026 zur Verfügung. Damit könnte das Land eine pädagogisch und didaktisch wertvolle digitale Bildungsplattform mit klarer Priorisierung von freier und quelloffener Software entwickeln und betreiben.

Ein Landesbildungsnetz, d. h. eine landeseigene IT-Abteilung zum Betrieb der Bildungsplattform würde insbesondere auch den vom IT-Planungsrat 2021 formulierten Souveränitätszielen gerecht werden. Einer Zusammenarbeit mit der lokalen IT-Wirtschaft und Dienstleistern der öffentlichen Hand, wie z. B. Dataport, wäre trotzdem möglich.

Aktuell stellt sich die Frage, ob das KM bei der Planung der digitalen Bildungsplattform (mit LMS, digitalem Arbeitsplatz, Videokonferenztool, E-Mail, Identitätsmanagement usw.) noch die Kurve kriegt, d. h. die besondere Rolle der IT als kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge berücksichtigt und die strategischen Ziele des IT-Planungsrates umsetzt. Begründete Zweifel sind vorhanden und deshalb hat der Landesverband BW der DVPB eine Petition zur digitalen Bildungsplattform beim Landtag eingereicht – stellvertretend für ein Netzwerk aus diversen Organisationen, Verbänden und Gruppierungen. ■

Dr. Martin Lindeboom

 **Infos zur Petition und zum Netzwerk:**

- www.dvpb-bw.de
- www.unsere-digitale.schule



Es wurden viele Datenabflüsse zu Microsoft festgestellt.

Aufbau von notwendigen Kompetenzen und Arbeitsstrukturen, um IT-Lösungen zu verstehen und bewerten zu können sowie bei Bedarf deren Weiterentwicklung und den Betrieb sicherzustellen.

Wird digitale Souveränität als Prämisse berücksichtigt, ist beim Betrieb der Bildungsplattform weitgehend auf externe Dienstleister zu verzichten, da Nachteile, Risiken und insbesondere ein deutlicher Verlust an Unabhängigkeit und Flexibilität der Landesregierung als Betreiberin der Bildungsplattform dagegensprechen. Durch fehlende technische und organisatorische Betriebskompetenzen und Abhängigkeiten könnte das Kultusministerium nicht hinreichend selbstbestimmt, sicher und selbstständig auf Aufgaben im Zusammenhang mit der digitalen Infrastruktur der Schulen reagieren.

Eine organisatorische Weiterentwicklung von BelWü zu einem Landesbildungsnetz wäre technisch möglich, sinnvoll und unter Einhaltung aller haushaltsrechtlicher Vorgaben umsetzbar, ohne Nachteile für Wissenschaft und Forschung und mit vielen Vorteilen für die Schulen. Bis heute ist unklar, warum die Landesregierung nicht bereit ist, diese für das Land Baden-Württemberg vorteilhafte Alternative öffentlich zu diskutieren – unter Berücksichtigung der Expertise und der Empfehlungen der Mitarbeiter*innen bei BelWü und des bisherigen BigBlueButton-Teams am ZSL.

Auch aus Datenschutzgründen ist der Betrieb eines Landesbildungsnetzes sinnvoll. Im seinem Tätigkeitsbericht 2021 äußert sich der LfdI zur Bildungsplattform: „Während Projekte, die an externe Anbieter vergeben wurden, tendenziell besondere